

Pressemitteilung Nr.069 vom 21.02.2011
Öffentliche Schulden 2010 um 18% auf fast 2 Billionen Euro gestiegen

WIESBADEN – Die öffentlichen Haushalte waren nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) am 31. Dezember 2010 mit insgesamt 1 998,8 Milliarden Euro verschuldet. Dies entsprach rechnerisch einer Schuldenlast von 24 450 Euro pro Kopf. Gegenüber dem 31. Dezember 2009 hat sich der Schuldenstand um 18,0% beziehungsweise 304,4 Milliarden Euro erhöht. Dies war der höchste absolute Zuwachs des Schuldenstandes in einem Jahr seit Bestehen der Statistik. Die Ergebnisse umfassen die Kreditmarktschulden und Kassenkredite und beziehen sich auf die Kernhaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände und ihre jeweiligen Extrahaushalte.

Wesentlich zum Anstieg beigetragen haben die im Jahr 2010 neu gegründeten (beziehungsweise in Geschäftsbetrieb gegangenen) „Bad Banks“. Die Übertragung von Risikopapieren der Hypo Real Estate in die FMS Wertmanagement sowie die Stützungsmaßnahmen der Ersten Abwicklungsanstalt für die WestLB erhöhten den Schuldenstand zum Jahresende um 232,2 Milliarden Euro.

Beim Bund erhöhten sich die Schulden am 31. Dezember 2010 gegenüber dem 31. Dezember 2009 um 21,9% (+ 230,3 Milliarden Euro) auf rund 1 284,1 Milliarden Euro. Hierin sind unter anderem die Schulden der FMS Wertmanagement (189,6 Milliarden Euro), des Sondervermögens Finanzmarktstabilisierungsfonds (28,6 Milliarden Euro) sowie des Investitions- und Tilgungsfonds (14,0 Milliarden Euro) enthalten, die zur Bewältigung der Finanzmarktkrise gegründet wurden.

Die Länder waren am 31. Dezember 2010 mit etwa 595,3 Milliarden Euro verschuldet, dies entsprach einem Zuwachs von 13,0% (+ 68,6 Milliarden Euro) gegenüber dem 31. Dezember 2009. Die Entwicklung wurde maßgeblich durch die Einbeziehung der Ersten Abwicklungsanstalt (42,6 Milliarden Euro) sowie durch weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf Länderebene bestimmt. Eine Verringerung der Schulden konnte nur in Sachsen (– 5,0%) und Mecklenburg-Vorpommern (– 1,0%) erreicht werden.

Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich ihrer Extrahaushalte stieg zum 31. Dezember 2010 um 4,9% (+ 5,6 Milliarden Euro) auf knapp 119,4 Milliarden Euro gegenüber dem 31. Dezember 2009.

Schulden der öffentlichen Haushalte am 31.12.2010 *)

Körperschaftsgruppen	31.12.2010 ¹⁾	31.12.2009	Veränderung gegenüber dem Vorjahr ¹⁾ in %
	in Milliarden Euro		
Insgesamt	1 998,8	1 694,4	18,0
darunter:			
Kreditmarktschulden	1 926,0	1 636,2	17,7
Bund	1 284,1	1 053,8	21,9
darunter:			
Kreditmarktschulden	1 269,3	1 033,3	22,8
Länder	595,3	526,7	13,0
darunter:			

Kreditmarktschulden	577,4	523,8	10,2
Gemeinden/Gemeindeverbände	119,4	113,8	4,9
darunter:			
Kreditmarktschulden	79,2	79,1	0,2
Schulden der Länder ²⁾			
Baden-Württemberg	58,2	56,4	3,2
Bayern	29,3	27,6	6,1
Brandenburg	18,1	17,4	4,0
Hessen	37,1	34,2	8,5
Mecklenburg-Vorpommern	9,8	9,9	- 1,0
Niedersachsen	54,0	51,5	5,0
Nordrhein-Westfalen	173,0	123,3	40,3
Rheinland-Pfalz	30,6	28,7	6,7
Saarland	11,6	10,7	8,4
Sachsen	6,5	6,9	- 5,0
Sachsen-Anhalt	20,5	19,8	3,7
Schleswig-Holstein	27,0	25,6	5,3
Thüringen	16,3	15,7	3,7
Berlin ³⁾	60,4	58,8	2,7
Bremen ³⁾	17,8	16,1	11,0
Hamburg ³⁾	24,9	24,1	3,5

*) Einschließlich Extrahaushalte.

1) Vorläufiges Ergebnis.

2) Ohne Gemeinden/Gemeindeverbände und ihre Extrahaushalte.

3) Einschließlich kommunale Aufgaben.

Endgültige detaillierte Ergebnisse werden Mitte des Jahres in der Fachserie 14, Reihe 5 „[Schulden der öffentlichen Haushalte 2010](#)“ veröffentlicht.

Abweichungen zu von Länderfinanzministerien veröffentlichten Ergebnissen können sich unter anderem durch die Einbeziehung der Extrahaushalte und der Verwendung des Haushaltsjahres anstelle des Kalenderjahres bei der amtlichen Statistik als Berichtsperiode ergeben.

>>> [methodische Kurzbeschreibung](#)

Weitere Auskünfte gibt:

Christian Kickner,

Telefon: +49 611 75 4203,

www.destatis.de/kontakt

23.02.2011

© Statistisches Bundesamt
Pressestelle, Verbreitung mit
Quellenangabe erwünscht

Statistisches Bundesamt Deutschland -...

Telefon: +49 (0)611 / 75-3444
Telefax: +49 (0)611 / 75-3976
presse@destatis.de
www.destatis.de

Mo - Do: 8.00 - 17.00 Uhr
Fr: 8.00 - 15.00 Uhr

65180 Wiesbaden
Deutschland